

ENERGIEWENDE DEBATTE

Stromlobby sorgt sich um die Wasserkraft und will an die Subventionstöpfе

Stromfirmen sehen die Wasserkraft in ihrer Substanz bedroht. Lobbyisten verbreiten diese Angst im Bundeshaus – und fordern Zuschüsse von jährlich 450 Millionen Franken für bereits gebaute Wasserkraftwerke.

Fast 60 Prozent des in der Schweiz verbrauchten Stroms stammen aus Wasserkraft. Diese Energieproduktion ist sauber, erneuerbar und löst hierzulande Heimatgefühle aus. Kein Wunder also, werden Politiker aktiv, wenn diese Energieerzeugung gefährdet scheint.

In der Debatte zur Energiestrategie 2050 hat der Nationalrat Subventionen von 600 Millionen Franken für neu zu bauende Wasserkraftwerke bewilligt. Doch nun sollen zusätzlich auch Wasserkraftwerke subventioniert werden, die seit Jahren Strom liefern, wie die Energiekommission des Ständerates durchschimmern lässt. Das Gremium fordert das Bundesamt für Energie dazu auf, mehrere Fördermodelle auszuarbeiten.

Endzeit-Szenarien

Woher aber stammt die Sorge? Weshalb wächst in Bundesbern die Angst vor dem Untergang der heimischen Wasserkraft? Die Endzeitszenarien werden von einigen Stromkonzernen geschürt und von Lobbyisten verbreitet. Die vier namhaften Wasserkraftproduzenten Alpiq mit Sitz in Olten, AET aus dem Tessin, FMV aus dem Wallis und IWB aus Basel haben das Positionspapier «Wirbelsäule Wasserkraft» verfasst. Dieses in sorgenvollem Ton formulierte Papier, das nun die Runde macht, schreckt auf: «Die Wasserkraft ist in ihrer Substanz bedroht», schreiben die Konzerne. Sie rechnen vor, dass die «sau-

bere einheimische Wasserkraft gegenüber allen anderen Stromproduktionsformen zu 30 Prozent benachteiligt» werde.

Die erwähnten Stromkonzerne fordern jährliche Zuschüsse von 450 Millionen Franken für die bestehenden Wasserkraftwerke. Sie nennen diese Subventionen eine «Notmassnahme» und betonen, dass die heimische Wasserkraft nur dann erhalten bleibe, wenn die geforderte Summe bewilligt werde. Ohne diese Zuschüsse würde in der Schweiz das Know-how für Projektierung, Bau und Betrieb der Grosswasserkraft verloren gehen.

Alpiq-Sprecher Richard Rogers erklärt den Zweck des Papiers: Als die Energiestrategie 2050 erstellt worden sei, habe man sich auf den Atomausstieg konzentriert, sagt er. «Nun müssen wir uns um unsere bestehende Schweizer Wasserkraft kümmern – und gemeinsam mit der Politik rasch Lösungen finden.»

Die Gründe

Schuld an der Misere seien folgende Gründe: Die Werke bezahlen Wasserzinsen an die Standortkantone. Diese Wasserzinsen steigen und erhöhen somit die Produktionskosten. Gleichzeitig sinken die Verkaufspreise am Strommarkt und damit die Einnahmen der Energiefirmen. Dies deshalb, weil Wind- und Sonnenenergie in Europa übermässig subventioniert würden, was zu einem Stromüberschuss und Marktverzerungen führe. Zu-

dem bevorteile der tiefe Preis für die CO₂-Kompensation in Europa den Strom aus Kohle- oder Gaskraftwerken. Die Frankenstärke verschärfe die strukturellen Probleme der Wasserkraft.

Der Widerspruch

Urs Meister, Energieexperte bei der Denkfabrik Avenir Suisse, widerspricht der Stromlobby und hält nichts von den Untergangsszenarien für die Wasserkraft. «Die Wasserkraft überlebt auch ohne Subventionen», sagt er (siehe Interview rechts).

Auch innerhalb der Energiebranche ist das Thema umstritten. Auf der einen Seite hat Alpiq-Chefin Jasmin Staiblin mehrmals öffentlich Zuschüsse für die bestehende Wasserkraft gefordert. «Viele sind sich gar nicht bewusst, wie dramatisch die Situation ist», sagte sie vor kurzem dem «SonntagsBlick».

Auf der anderen Seite steht Suzanne Thoma, Chefin des Berner Energiekonzerns BKW. «Wir sind nicht der Meinung, dass die bestehende Grosswasserkraft auf Subventionen angewiesen ist», sagt sie auf Anfrage. Laut der BKW-Chefin wäre dies sogar ein Rückschritt. Denn neue Subventionen würden den Energiemarkt nur noch mehr verzerren, als dies bisher schon der Fall sei.

Allerdings betont auch Thoma die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Stromproduktion durch Wasserkraft. «Mit Wasserkraft verdienen viele Produzenten im Moment wenig Geld.» Aber es sei der Auftrag der Betreiber, die Kostenseite jedes Kraftwerks anzuschauen und auf lange Frist zu optimieren, sagt die BKW-Chefin. *Tobias Habegger*



Der Stausee von Grande Dixence: «Viele sind sich gar nicht bewusst, wie dramatisch die Situation ist», sagt Jasmin Staiblin, die Chefin des Stromkonzerns Alpiq

EINSCHÄTZUNG DES ENERGIE-EXPERTEN

«Alarmismus der Stromfirmen»

Wie schlecht steht es wirklich um die Schweizer Wasserkraft? Urs Meister, Kadermitglied und Energieexperte bei der Denkfabrik Avenir Suisse, sieht wenig Grund zur Sorge.

Urs Meister, diverse Stromunternehmen warnen vor dem Untergang der Wasserkraft. Ist dies eine realistische Gefahr – oder Alarmismus, um an die Subventionstöpfе zu kommen?

Urs Meister: Zu einem gewissen Grad ist das Alarmismus. Die Situation der Wasserkraft ist nicht derart besorgniserregend. Einerseits sind die Kosten und damit die Wirtschaftlichkeit sehr unterschiedlich. Andererseits profitieren viele Betreiber von der Möglichkeit, bei den Verbrauchern in der Grundversorgung kostendeckende Tarife zu verrechnen.

Der Stromkonzern Alpiq sieht das anders. Er fordert staatliche Zuschüsse von jährlich 450 Millionen Franken als Notmassnahme für die Wasserkraft. Die Wasserkraft überlebt auch ohne Subventionen. Die bestehenden Kraftwerke produzieren wegen ihrer tiefen Betriebskosten auch ohne Zuschüsse. Es gibt keinen Grund, diese ausser Betrieb zu nehmen. Subventionen für bestehende Anlagen sind in erster Linie eine finanzielle Hilfe für die Eigentümer der Kraftwerke.

Ist die Wasserkraft gefährdet? Nein, das ist sie nicht. Gefährdet ist allenfalls das Geschäftsmodell der Eigentümer. Bestehende Anlagen liessen sich ja jederzeit verkaufen – ein tiefer Kaufpreis



Urs Meister: «Wasserkraft überlebt auch ohne Subventionen.»

schlägt sich beim neuen Betreiber in tiefen Fixkosten nieder. **Die Strommarktpreise sind tief. Lässt sich ein Wasserkraftwerk noch rentabel betreiben?** Ja, es gibt auch heute viele Werke, die kostendeckend oder gar mit Gewinn produzieren. Probleme haben vor allem die teureren Anlagen. Ohnehin aber sind die tiefen Preise eine Momentaufnahme. Energie ist ein zyklischer Markt, und die Lebensdauer eines Wasserkraftwerks kann sechzig Jahre betragen. Die Preise werden wieder ansteigen.

Im Gegensatz zu Ihnen teilt die Energiekommission des Ständerats den Ruf nach Subventionen für bestehende Wasserkraft. Ist das politische Weitsicht

– oder das Werk von Lobbyisten im Bundeshaus?

Wie soll ich diese Frage diplomatisch beantworten... am besten undiplomatisch. Ich würde es so sagen: Der Ständerat vertritt die Kantone und nimmt deren Interessen wahr. Die Kantone und die Städte sind ihrerseits die wichtigsten Eigner der Wasserkraftwerke. Da besteht offensichtlich ein Zusammenhang zwischen den Interessen. Die Kantone und die Städte sind an stabilen Erträgen aus ihren Beteiligungen im Strommarkt interessiert. Doch das funktioniert im zyklischen Energiegeschäft nicht. Vielmehr müssten Eigner bereit sein, während Tiefpreisen auf Gewinnausschüttungen zu verzichten oder gar Kapital zur Verfügung zu stellen. **Die tiefen Preise für CO₂-Zertifikate machen es für die Wasserkraft doppelt schwer. Kann die Schweiz als kleines Land diese Parameter alleine überhaupt verändern?** Nein, der Schweizer Markt übernimmt die Preise aus dem europäischen Raum. Und es ist im Moment tatsächlich so: Die CO₂-Zertifikate sind sehr günstig zu haben. Das ist natürlich ein Nachteil für die saubere Wasserkraft. Es sieht so aus, als würden die CO₂-Preise auch längerfristig tief bleiben. Europa will offenbar nicht über das Instrument der CO₂-Zertifikate Klimapolitik machen.

Interview: Tobias Habegger

Nicht einmal Darbellay stimmte für den «Schulterschluss»

FINANZEN Die bürgerliche Machtdemonstration ist gestern im Nationalrat misslungen: Die CVP trug die Sparvorgabe, die sie mitanciert hatte, nicht mehr mit. Sogar ihr Präsident Christophe Darbellay stimmte dagegen.

Schluss mit «Schulterschluss»: Das war gestern das Motto im Nationalrat. SVP und FDP wollten einen zentralen Punkt ihres gemeinsamen «Schulterschluss»-Papiers umsetzen, das auch die CVP unterzeichnet hatte. Es ging um die Begrenzung der Bundesausgaben 2016 auf 64 Milliarden Franken, was ein rigoroses Sparpaket erzwungen hätte (wir be-

richteten). Doch gestern zeigte sich, dass die CVP das Spardiktat nicht einmal ansatzweise mitträgt: In ihren Reihen stimmten lediglich 3 Nationalräte dafür und 28 dagegen. Auch Präsident Christophe Darbellay (VS), der den «Schulterschluss» unterzeichnet hatte, stimmte Nein. SVP- und FDP-Vertreter hielten sich in der Debatte mit Kritik an der CVP zurück, dafür machte sich der Grünliberale Martin Bäumle (ZH) ausgiebig lustig über die wankelmütige Partei.

Die FDP trug die Sparvorgabe fast geschlossen mit. Einzig Jacques Bourgeois, Direktor des Bauernverbands, stimmte Nein, vier FDP-Vertreter enthielten

sich. Die SVP stand geschlossen hinter der Kürzung, nur Jean-Pierre Grin (VD), ebenfalls ein Bauernvertreter, enthielt sich. Der Sparangriff misslang am Ende mit 76 zu 107 Stimmen.

6000 Stellen abbauen?

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) setzte sich vehement gegen die Sparvorgabe zur Wehr. Sie zögerte nicht, die Folgen in düsteren Farben zu skizzieren. Wenn man die Hälfte der Kürzungen beim Personal umsetzen wolle, müsse der Bund fast jede sechste Stelle abbauen, total rund 6000 Jobs. Und an die Rechte gerichtet hielt Widmer-Schlumpf fest, es werde auch

«Setzen wir uns doch weiterhin für eine konsequente Finanzpolitik ein und nicht für eine Finanzpolitik, die nach dem Muster Schaumschlägerei operiert.»

Eveline Widmer-Schlumpf

nicht möglich sein, die Armee und das Grenzschutzkorps von Stellenabbau auszunehmen, da auf diese ein Grossteil der Stellen entfalle. Zudem müsste der Bund etwa jede sechste diplomatische Vertretung im Ausland schliessen. Und auch die Landwirtschaft müsse mit Kürzungen rechnen.

Allianz aus SVP und SP

Bundesrätin Widmer-Schlumpf machte in ihrem Votum klar, dass aus ihrer Sicht gar kein Sparpaket notwendig ist, sondern sich die Vorgaben der Schuldenbremse im üblichen Budgetprozess einhalten liessen. Erste Schritte für 2016 hat der Bundesrat bereits beschlossen: 100 Millionen Fran-

ken «spart» er mit dem Verzicht auf geplante neue Stellen. Rund 700 Millionen will er bei Subventionsempfängern aller Art – inklusive Landwirtschaft – hereinholen. Weitere Kürzungen seien dann für 2017 notwendig.

Allerdings muss der Bundesrat nun wohl noch nachbessern, weil der Nationalrat gestern eine der grösseren Kürzungen unerwartet ablehnte: Der Bundesrat wollte die Schulden der IV bei der AHV nur noch zu 1 statt 2 Prozent verzinsen (Entlastung: 130 Millionen Franken). Das lehnten SVP, SP und Grüne ab. Der Bund sollte nicht auf Kosten der AHV sparen. Ob es dabei bleibt, hängt nun vom Ständerat ab. *fab*

Christa Markwalder bereut ihre Naivität

LOBBYING Nationalrätin Christa Markwalder hat eine von kasachischen Politikern autorisierte Interpellation eingereicht. Der Fall illustriert, wie stark sich Parlamentarier auf Lobbyisten verlassen.

Kein Schweizer Politiker wünscht sich, von einem zweifelhaften Regime instrumentalisiert zu werden. Dieses Ungemach ist der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder mit einer Interpellation widerfahren. Die PR-Firma Burson-Marsteller schrieb den Entwurf und überarbeitete diesen schliesslich im Auftrag eines kasachischen Politikers. Federführend war Senior Advisor Marie-Louise Baumann. Burson-Marsteller stellte

für die Dienstleistung ein Honorar von 7000 Franken in Rechnung. Dies berichtete gestern die «Neue Zürcher Zeitung», die sich auf den Mailverkehr zwischen Baumann und Asat Peruaschew bezieht. Peruaschew ist Präsident der Partei Ak Schol. Gegenüber Markwalder wurde die Partei als oppositionelle Kraft beschrieben. Damit sollten die demokratischen Fortschritte des Landes untermauert werden. Wer aber im Internet sucht, stellt rasch fest, dass Ak Schol keine echte Opposition ist, sondern regierungsnah politisiert.

«Menschenrechte» gelöscht

Im Entwurf soll das Wort «Menschenrechte» dreimal vorgekommen sein. Der Übersetzer Perua-



Christa Markwalder

schews forderte laut NZZ Baumann auf, dieses Wort zu streichen, da es dem «politischen Status hier in Kasachstan Schaden zufügen» könnte. Baumann antwortete, Markwalder sei mit der Streichung einverstanden.

Darauf angesprochen sagte Markwalder gestern, dass sie weder von den Änderungen noch von der Rücksprache Baumanns mit Kasachstan gewusst habe. Sie räumt ein, der Mitarbeiterin von

Burson-Marsteller zu viel Vertrauen geschenkt zu haben. Schliesslich betont sie aber auch, dass diese Geschichte aufgebaut werde. Tatsächlich geht es nur um eine Interpellation ohne politische Folgen, die Markwalder im Juni 2013 eingereicht hat. Darin stellt sie nach einer kurzen Einleitung sechs Fragen. Ak Schol wird als erste «legitimierte Opposition» im Parlament bezeichnet. Das sei ein Indiz für eine «erfreuliche» Entwicklung. Nach Fragen zur Unterstützung Kasachstans bei Demokratisierung und Korruptionsbekämpfung ist auch das Verfahren gegen Viktor und Leila Chrapunow ein Thema. Er war Bürgermeister in Almaty und setzte sich 2007 nach Genf ab.

Von dort aus kritisiert er seither das Regime in Kasachstan. Um gegen Chrapunow vorzugehen, sollen kasachische Behörden, das frühere Schweizer Botschafter in Berlin, Thomas Borer, engagiert haben, berichtete bereits im Januar mehrere Medien. Der Baselbieter SVP-Nationalrat Christian Miesch gab später zu, für eine eingereichte Interpellation zu diesem Thema mit Borer in Kontakt gestanden zu haben.

Gängige Praxis

Bei beiden Interpellationen wurde kein politischer Entscheid beeinflusst. Sie sind allenfalls an eine Art Imagekampagne, an der Berater verdient haben. Die Fälle illustrieren aber auch, was in der

Politik gang und gäbe ist: Parlamentarier vertrauen Lobbyisten manchmal zu sehr. Oft geht es gar nicht ohne solche Experten, da die Milizpolitiker über zu wenig Fachkenntnisse verfügen. So erzählt ein Kommissionspräsident von mehreren Parlamentariern, die mit dem Wort für Wort gleich lautenden Antrag eines Verbands in die Sitzung kommen. Ein Nationalrat erzählt ein Beispiel, als ein Ratskollege in einer Kommissionsitzung den von andern vorformulierten Antrag abliest, weil er den Inhalt nicht versteht. Wer zu arglos fremde Texte übernimmt oder die Hintergründe zu wenig ausleuchtet, nimmt das Risiko in Kauf, wie Markwalder in ein Fettnäpfchen zu treten.

Bernhard Kistlig

Der Sparangriff von rechts ist gescheitert. Die CVP stimmte gestern nahezu geschlossen gegen die Forderung, die Bundesausgaben 2016 bei 64 Milliarden Franken festzusetzen. Damit ist sie aus dem berüchtigt-berechtigten «Schulterschluss» ausgeschieden, den CVP, SVP und FDP Ende März mit viel Brimborium präsentiert hatten. Die bürgerliche Mächtigenallianz ist somit bei einem zentralen Thema spektakulär schnell auseinandergebrochen. Die CVP hat dabei ihren Ruf als unzuverlässige Partnerin gefestigt. Ihr Mannöver war durchsichtig. Die Parteispitze um Christophe Darbellay hatte erkannt, dass es sich im aktuellen politischen Klima lohnt, das Fächchen etwas weiter rechts in den Wind zu hängen. Deshalb willigte sie in den «Schulterschluss» mit SVP und FDP ein, wohl in der Hoff-

BZ Kommentar



Redaktor Fabian Schäfer zur Spardebatte im Nationalrat

Tischbomben-Politik hilft nicht weiter

nung, der Härtesten komme erst nach den Wahlen. Insofern ist es erfreulich, dass die Propaganda so rasch aufflog.

So peinlich der Schwenker der CVP ist, so nachvollziehbar ist er auch. SVP und FDP haben zwar recht, wenn sie mit den bisherigen Sparzielen des Bundesrats nicht zufrieden sind und verlangen, der Bund solle endlich aufhören, Jahr für Jahr neue Stellen zu schaffen. Aber man kann beim besten Willen nicht so brachial einfahren wie im «Schulterschluss»-Papier vorgesehen. Es ist völlig undenkbar, innert weniger Monate rund 5 Milliarden Franken aus dem Finanzplan zu radieren. Speziell unredlich ist, dass die Bürgerlichen den Eindruck erwecken, der Bund könne diese enorme Summe einfach so in der Verwaltung kürzen. Insofern schlagen Personal, Sach- und Betriebsaufwand mit gut

10 Milliarden Franken zu Buche. Soll man die Verwaltung etwa auf die Hälfte eindampfen? Jedenfalls ist verständlich, dass viele CVP-Vertreter und vereinzelt Freisinnige das «Schulterschluss»-Spardiktat nicht mittragen mochten. Wer derart unrealistische Ziele definiert, macht es Bundesrat und Verwaltung allzu einfach. Sie können sich immer damit herausreden, die Forderungen seien nicht erfüllbar oder nur mit massiven Einschnitten, die niemand will.

Knallige Tischbomben-Politik à la «Schulterschluss» ist unnötig. Nötig wäre, dass sich die bürgerlichen Kräfte auf vernünftige Sparziele einigten. Dass sie erstens umsetzbare Aufträge definierten. Dass sie zweitens zugäben, dass man auch ausserhalb der Verwaltung Sparopfer bringen muss – und zwar

auch in den Lieblingsgärtchen vieler Bürgerlicher: bei der Armee, der Grenz-wacht und in der Landwirtschaft. Und dass sie sich drittens selber im Zaum hielten. Es ist bei weitem nicht nur der Bundesrat, der immer mehr Geld ausgibt. Die neue Kulturbotschaft, die im Parlament hängt ist, belegt dies schön. Der Bundesrat will für die Kultur bis 2020 rund 65 Millionen Franken mehr ausgeben als bisher geplant. Die zuständige Kommission des Nationalrats – natürlich bürgerlich dominiert – will diese Mehrausgaben nicht verhindern, sondern sogar noch 10 Millionen obendrauf packen. Mit Verlaub: Solange das Parlament nicht einmal bei der Kultur, die gewiss nicht die erste Kernaufgabe des Staates ist, auf das Geld achtet, taugt es auch nicht als Sparapostel.

Mail: fabian.schaefer@bernerzeitung.ch

diga möbel

Muttertag.

Nur diesen Samstag! **9. Mai 2015**

Wir erwärmen Ihr Herz:

15% + 5% Muttertags-Rabatt

Gratis Lieferung und Montage

10/23 Crissier/VD	8/54 Gälligen/VS
89/53 Diesbach/ZH	4/14 Lully/dar/VS
86/01 Dubendorf/ZH	3/21 Lysach/BE
60/32 Emmen/LU	4/13 Pratteln/BL
17/63 Granges-Paccot/FR	9/52 Rickenbach/B. Wil/IG

Jetzt zu 50% bis 70% reduziert

www.diga.ch